

Redebeitrag
Frau Birgit Patz, Stadtverordnete der Stadt Brandenburg/Havel
am 15.08.2013 in Brandenburg/Havel

Ich wünsche Ihnen einen wunderschönen Guten Tag. Man ist an mich mit der Bitte herangetreten, auf dieser Veranstaltung einen Vortrag zu halten. Das will ich nicht. Ich möchte Ihnen jedoch einige meiner Gedanken zum Thema „Inklusion“ für Ihre Gespräche und Diskussionen mitgeben.

Kurz zu mir: Sie können dem Flyer entnehmen, dass ich die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses bin, dies schon in der zweiten Wahlperiode. Ich bin in meiner Stadt seit 10 Jahren parteilose Stadtverordnete, und dies aus Überzeugung. Ebenfalls bin ich Mitglied des Stadtentwicklungsausschusses. Seit 20 Jahren arbeite ich als Lehrerin, auch dieses aus Überzeugung. Und ich bin Mutter von 4 Kindern. Das sind also drei Bereiche, die meine Gedanken zum Thema Inklusion beeinflussen. Das vielleicht zur Einführung. In der Mittagspause stehe ich Ihnen nicht zur Verfügung, weil ich wieder in meinen Unterricht gehen werde und erst zum Workshop hier sein kann. Dies ist für ehrenamtlich Tätige ein grundsätzliches Problem, wenn Vormittagsveranstaltungen angesetzt sind.

Auf dem Flyer, den Sie heute erhalten haben, steht als Thema inklusive Bildung. In der Einführung zur Veranstaltung ging es um Inklusion in der Schule. Diese einseitige Betrachtung ist nicht mein Ansatz. Inklusion umfasst weit mehr.

In der Stadt Brandenburg sind zur Zeit drei Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung damit beschäftigt, eine kommunale Veranstaltung zum Thema Inklusion zu organisieren und durchzuführen. Daher beschäftige ich mich seit geraumer Zeit sehr intensiv mit dem Begriff Inklusion. Diese Recherche hat mich dazu gebracht, den Begriff viel weiter zu sehen, als nur zu sagen, Inklusion ist in Bildung und Schule umzusetzen. Sie wissen, da geht es um solche Dinge wie gleiche, volle Rechte auf individuelle Entwicklung und soziale Teilhabe. Aus meiner Sicht kann man das nicht nur auf Bildung und Schule abschieben, sondern es betrifft die ganze Gesellschaft.

Wenn ich so etwas lese, wie „uneingeschränkter Zugang“, dann entstehen bei mir Fragen. Wie soll das in einem gegliederten Schulsystem funktionieren? Wenn ich Inklusion über alle Schüler hinweg betrachte, verhindert schon unser gegliedertes Schulsystem den uneingeschränkten Zugang für ganz viele Kinder aus unterschiedlichen Gründen, wie z.B. der Herkunft. Das heißt, jede Art von Behinderung kann den Zugang erschweren, aber auch viele andere Gründe verhindern diesen uneingeschränkten Zugang. An dieser Stelle bin ich also ein ganz überzeugter Gegner eines gegliederten Schulsystems. Dieser Gedanke kam mir bei der Vorbereitung auf die heutigen Veranstaltung.

Ein zweiter Denkansatz: Wie schon erwähnt, bin ich Mutter von 4 Kindern. Hier erlebe ich selbst Diskriminierung auf eine ganz andere Art. Es ist unglaublich, welche Scheren in Deutschland einige Menschen im Kopf haben. Da ist mir mancher Zugang schon verwehrt,

nur weil ich 4 Kinder habe. In der Form fühle ich mich gar nicht behindert, ich wollte meine 4 Kinder. Auch hier zeigt sich mein etwas anderer Ansatz beim Nachdenken über das Thema Inklusion, als wahrscheinlich von Ihnen erwartet.

An dieser Stelle nun ein paar Worte zu unserer Kommune/Stadt Brandenburg. Hier habe ich zunächst das Gefühl gehabt, dass jeder Fachbereich der Verwaltung vor sich hin dümpelt. Da gibt es diesen herumwabernden Begriff „Inklusion“ und irgendwie muss ja mal – aber hoffentlich nicht so schnell – etwas passieren. Beispiel 1: Im Jugendamt beschäftigen wir uns zurzeit mit der Entwicklung eines Konzeptes zum Umgang mit Elternschaft, wenn Eltern in irgendeiner Form behindert sind. Wie geht man dann mit diesen Eltern um und mit deren Kindern? Ein weiteres Beispiel aus dem Stadtentwicklungsausschuss. Wir haben gestern bis 22 Uhr getagt und es ging darum, einen Standard zum Ausbau der Straßen und Fußwege in dieser Stadt zu definieren und zu klären, wer bezahlt diesen am Ende? Das heißt, hier geht es u.a. um die Barrierefreiheit/Inklusion im Fachbereich Stadtentwicklung und Bauen. Jedoch wird gern die Diskussion zum Thema Inklusion in den Fachbereich Schule abgeschoben. Das ist auch ein Grund, weshalb ich heute darauf aufmerksam machen möchte, dass im Bereich der Kommune die Inklusion nicht nur ein Aspekt von Schule und Bildung ist, sondern alle Fachbereiche einer Verwaltung in der Verantwortung stehen.

Drei Ausschüsse in dieser Stadt, der Jugendhilfeausschuss, der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren und der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport möchten diesen Prozess anstoßen. Sie werden gemeinsam eine Veranstaltung durchführen, die dazu beitragen soll, dass sich die kommunale Verwaltung mit dem Thema „Inklusion“ einmal anders zusammen- und auseinandersetzt. Geplant ist diese Veranstaltung für den 29. Oktober 2013. Das ist nicht mehr lange hin. In der Vorbereitung haben wir die einer oder andere Hürden nehmen müssen, die Sie auch alle schon kennen. Man streitet sich lange über den Begriff „Inklusion“, weil jeder irgendetwas anderes darunter versteht. Man streitet sich darum, in welcher Form soll diese Veranstaltung stattfinden. Wer organisiert z.B. einen Gebärdendolmetscher? Soll der Hauptzweck ein „Auskotzen“ sein, für all jene, die irgendwie sagen: „Es funktioniert alles nicht und ihr lasst uns ganz alleine mit dem Thema und wer soll das am Ende bezahlen?“ Die Frage ist: Wie bekommen wir da eine Veranstaltung hin, die dem Anspruch gerecht wird, Sachstand darzustellen, eine echte Abstimmung in der Verwaltungsebene dieser Stadt hinzubekommen und erst einmal zu schauen, wie kommen wir zu einer sinnvollen Zusammenarbeit/Struktur? Wie kommen wir zu einer Konzeption, bezogen auf die gesamte Problematik und die Stadt Brandenburg?

Nun zum vierten Teil: Ich habe heute schon aufgerufen, eine heilige Kuh zu schlachten, das gegliederte Schulsystem. Es gibt da noch einer weitere heilige Kuh: die Länderhoheit bezüglich der Bildung. Jedes Bundesland versucht für sich das Rad neu zu erfinden. Einige sind schneller, andere sind nicht ganz so schnell. Ja, einige streiten sich und haben Gutachten bezüglich des Konnexitätsprinzips beauftragt. Es geht um die Frage der Finanzierung. Wer bezahlt die Rechnung? Ist das Land zuständig? Muss die Kommune zahlen? Für das Land Brandenburg habe ich das Gefühl, dass man abwartet, die anderen erst einmal machen lässt und schaut, was man selber tun müsste. Vielleicht gelingt es einem ja, die Fehler der Anderen nicht zu wiederholen. Inklusion – muss aus meiner Sicht – in einem vernünftig strukturierten, viel breiter gefassten Rahmen eingeführt werden. Ein Grund mehr dafür, warum Bildung nicht Länderhoheit sein sollte, sondern über die Länder hinweg organisiert werden muss.

Zum Schluss habe ich einen Zugang zu diesem Begriff als Lehrerin gesucht. Zur Historie ist zu sagen, dass der Ausgangspunkt die allgemeinen Bürgerrechte oder Menschenrechte sind. Ich habe einfach geschaut, an welcher Stelle im Land Brandenburg unterhalten wir uns mit Kindern über Menschenrechte? Das ist Thema in der politischen Bildung, und auch in Geschichte. Ich selber bin LER-Lehrerin. Ich unterhalte mich mit Schülern über Menschenrechte und die Kinderrechtskonvention. Ich habe kein einziges Fach gefunden, was sich mit der Behindertenrechtskonvention ernsthaft befasst. Von Deutschland ratifiziert, müsste es fester Bestandteil der Rahmenlehrpläne der Schulen sein. Wenn ich mich über Kinderrechte unterhalte, dann sollte ich mich mit Kindern auch über die Rechte von Behinderten und über die Behindertenrechtskonvention unterhalten. Damit habe ich das Thema ganz anders in den Köpfen von Kindern/Jugendlichen und in den Köpfen von Lehrern. Belehren Sie mich eines Besseren, wenn es doch in einem Bundesland anders ist. Meine Älteste studiert, mein Jüngster ist im letzten Jahr eingeschult worden. An der Stelle fehlt mir – wobei ich hier die Vertreter nicht alle beurteilen kann – immer auch der Bereich Krippe und Kindergarten/Hort. Wir sind immer gleich bei Schule. Und mir fehlt dann das, was nach der Schulpflicht kommt. Die Behindertenrechtskonvention spricht von lebenslangem Lernen. Da komme ich vom Hundertsten zum Tausendsten. Ich vertrete die Überzeugung, dass Krippenerzieher und Kindergärtner, so wie es in anderen Ländern üblich ist, ein Beruf sein sollte, der unter anderem auch durch ein Studium eine andere Anerkennung finden muss. Fester Bestandteil der pädagogischen Ausbildung in allen Bereichen muss dann auch das Thema Inklusion werden.

Eine letzte Bemerkung: ich habe mich also als Stadtverordnete, Lehrerin und Mutter angesprochen gefühlt und bin gern bereit, den Weg zu einer inklusiven Gesellschaft mit Ihnen gemeinsam zu gehen. Jedoch werde ich das Gefühl nicht los, dass diese Strukturen, welche ich gerade angesprochen habe, uns den Weg dorthin sehr erschweren.

Ich denke, ich bin fertig. Wenn Sie nicht noch Fragen haben, war das alles.